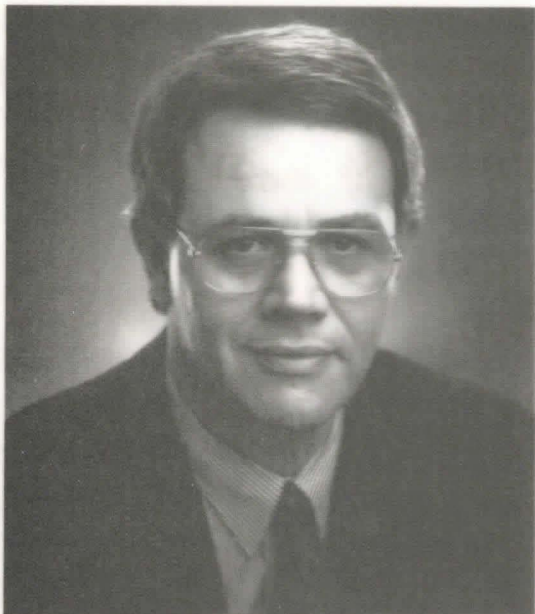


2/201/16-2

Rh.-Pfalz

11./12.1.91

Grundfragen der Politik



Wir alle spüren, wie sich Werte, Anschauungen und Lebensstile in unserer Gesellschaft wandeln.

Diese Dynamik bildet den Rahmen aller politischer Gestaltung. Die CDU hat sich immer neuen Ideen geöffnet und Veränderungen gestellt, aber auch Bewährtes bewahrt.

Vernetztes Denken, pragmatische und zukunftsorientierte Entscheidungen an der Schnittstelle zwischen staatlichem Handeln und persönlicher Verantwortung fordern eine ständige programmatische Diskussion, um Positionen zu grundsätzlichen und aktuellen Fragen weiterzuentwickeln. Durch Begegnung und Diskussion mit dem Bürger werden politische Entscheidungen auf eine breite Basis gestellt.

Es wird dabei von der Politik auch die Kraft verlangt, mit Fragen leben zu können, statt voreilige Antworten zu geben.

Verantwortete Politik muß langfristig und grundsätzlich über Ziele und Wirkungen nachdenken.

Gefordert ist die Kraft, sich nicht ohne Not in einen bequemen Kompromiß zu flüchten, sondern eigenes Profil zu erhalten.

Politische Auseinandersetzung in der Sache darf dabei eine notwendige Verständigung nicht unmöglich machen.

Politik muß immer aufs Neue die Grenze zum vopolitischen Raum überwinden.

Durch Motivation und Mitverantwortung können Energien der Bürger freigesetzt werden.

Ihre Begeisterungsfähigkeit und ihr gesellschafts- und sozialpolitisches Engagement sind unverzichtbar.

Die freiheitliche Demokratie lebt von der Mitwirkung ihrer Bürger. Staatliche Fernwärme kann kein Ersatz für mitmenschliche Nähe sein. Politische Meinungsbildung und aktive Unterstützung bei der Umsetzung ist daher Sache aller Bürger.

In diesem Sinne hat die Rheinland-Pfalz CDU ihre Vorstellungen zu wichtigen Politikbereichen neu formuliert und in diesem Programm niedergeschrieben.

Hans-Otto Wilhelm
CDU-Landesvorsitzender

Grundfragen der Politik

Präambel

Saubere Umwelt hat Vorfahrt.
Sozialer Fortschritt bleibt selbstverständlich.
Der ländliche Raum hat Zukunft.
Ohne Bürger ist kein Staat zu machen.
Rheinland-Pfalz in Deutschland und Europa.

Präambel

Die Landtagswahl 1991 steht ganz im Zeichen der Vereinigung Deutschlands und des Umbruchs in Europa. Der Aufbruch der osteuropäischen Völker zu Freiheit und Selbstbestimmung verändert unser aller Leben in Deutschland, in Rheinland-Pfalz, in der Heimatgemeinde bis hin in den persönlichen Bereich. Horizonte werden weiter, neue Perspektiven erwachsen.

Für unsere Bürger steht bei dieser Landtagswahl wesentlich mehr zur Disposition als bei vergangenen Wahlen. Sie entscheiden nicht nur über Wahlprogramme und Personen. Sie entscheiden vielmehr über die Zukunft von Rheinland-Pfalz in einem vereinten Deutschland und einem Europa ohne Grenzen. Im Interesse dieser Entwicklung gilt es, die Mehrheit der Sozialdemokraten im Bundesrat zu verhindern.

Wir wollen keinen "Demokratischen Sozialismus", den die SPD propagiert, weder in Rheinland-Pfalz noch in Deutschland. Wir wollen kein sozialistisches Gesellschaftssystem.

Es ist das Grundverständnis der CDU, die Gesellschaft nicht einseitig vom Staat und dessen vorformuliertem Programm her aufzubauen, sondern ursprunghaft vom Menschen und seiner personenhaften Würde. Christlich demokratische Politik versteht dabei den Menschen in seiner zweifachen Bestimmung: als Einzelwesen, das für sich selbst einzustehen hat und als Gemeinschaftswesen, das in Solidarität mit den Mitmenschen am Aufbau der Gesellschaft von "unten" nach "oben" mitwirkt. Das ist die Botschaft der CDU an die Bürger des vereinten Deutschlands.

Unser Staat gründet auf den persönlichen Freiheitsrechten und auf der demokratischen Mitwirkung aller Bürger. In ihm können der einzelne sowie frei gebildete Gemeinschaften alle Aufgaben, die sie selbst zu erfüllen vermögen, ohne staatliche Bevormundung anpacken. Eine wirklich humane Gesellschaft kann nur gelingen, wenn bei der Verwirklichung der sozialen und kulturellen Aufgaben die jeweils menschennähere Gemeinschaft Vorrang hat vor der jeweils menschenferneren Organisation, der größere Verband aber seinerseits den jeweils kleineren nach dem Maß der Aufgabenerfüllung unterstützt. So wachsen Freiheit und Mitbestimmung vom alltäglichen Leben der Menschen bis hin zur Ebene staatlicher und europäischer Politik.

Mit dem Fortschreiten der europäischen Integration wächst Rheinland-Pfalz in eine geographische Zentrallage in Europa hinein. Ein Land, das mit seiner Westgrenze an Frankreich, Luxemburg und Belgien stößt, hat europäische Entwicklungen noch mehr zu beachten als seine anderen Nachbarländer in der Bundesrepublik. Die wesentliche Umgestaltung der

wirtschaftlichen Struktur setzt eine der Zentrallage entsprechende europäische Infrastruktur voraus. Darüber hinaus machen die deutschlandpolitischen Akzente im Osten strukturelle Verbesserungen im Westen unseres Landes notwendig. Dies bedeutet, daß landespolitische Entscheidungen europäisch orientiert sein müssen, ohne die wirtschaftsgeografischen Veränderungen im Osten zu mißachten.

Es gilt, Rheinland-Pfalz als Standort für Weinbau und Landwirtschaft, als Handels-, Gewerbe- und Industriestandort auszubauen. Die Siedlungsstrukturen unserer Städte und Gemeinden müssen weiter verbessert werden. Und für ehemalige Militärstandorte müssen neue Erwerbs- und Finanzquellen geschaffen werden.

In einer Zeit des Umbruchs erwarten die Bürger von der CDU zu recht, daß sie entschlossen und zugleich besonnen handelt. Sie erwarten zu recht, daß die Union Kurs hält, aber für neue Wege aufgeschlossen bleibt.

In Zeiten des Umbruchs kann nur eine Partei Orientierung bieten, die sich den anerkannten Grundwerten verpflichtet weiß.

Seit der Diskussion über geeignete Wege der Friedenssicherung, seit der Diskussion über Energiepolitik und einen wirksamen Umweltschutz und seit der neueren Diskussion über einen verantworteten Umgang mit Gentechnik und Fortpflanzungsmedizin wird in besonderem Maße deutlich, daß die gestellten Aufgaben eine immer größere ethische Dimension erhalten.

Christlich verantwortete Politik verkündet keine Heilsbotschaften. Die CDU steht vielmehr für eine wirklichkeitsnahe und verantwortungsbewußte Politik. Wir wollen Ideen verwirklichen, aber keine Ideologie. Politik darf kein Experimentierfeld für sozialistische Weltverbesserer und Gleichmacher werden. Menschen sind niemals gleich und Probleme auch nicht. Dies zwingt uns immer wieder, altbewährte Grundwerte lebensnah auszugestalten und damit zukunftsfähig zu machen.

Unsere Politik orientiert sich dabei am Gemeinwohl. Dazu gehört ein Menschenbild, das den ganzen Menschen mit einbezieht. Ein Höchstmaß an freier Selbstbestimmung und sozialer Gerechtigkeit ist am ehesten von unserer grundgesetzlichen Ordnung zu erwarten, die auf Freiheit, Gleichheit und Solidarität, auf Rechtsstaat und Sozialstaat, die Garantien des Eigentums und Sozialpflichtigkeit gerichtet ist.

Nur die Ausgewogenheit dieser Werte gewährleistet eine freie und gerechte Ordnung, eine Verfassung, in der sich diese Ziele wechselseitig ergänzen und begrenzen. Dieser anspruchsvolle Entwurf weist in eine humane Zukunft. Er ist nicht vereinbar mit allen Ideologien, die den Menschen auf ein bestimmtes System festlegen. Er will bessere Lebenschancen für Benachteiligte, zugleich aber den offenen Wettbewerb und die Anerkennung der wirtschaftlichen Leistung. Er will den Menschen in den hochorganisierten Systemen unserer modernen Gesellschaft den persönlichen Entfaltungsraum offenhalten, in dem er sich aus freien Stücken dafür entscheidet, auch für den anderen dazusein. In diesem Raum personaler Existenz ist zumal das ungeborene und das gebrechliche Leben geschützt und staatlicher Verfügung entzogen.

Die CDU bekennt sich zu den christlichen Grundwerten. Es sind die Werte, die in unser Grundgesetz eingegangen sind und ein menschenwürdiges Zusammenleben in Freiheit,

Gerechtigkeit und Frieden garantieren:

Freiheit durch den Staat und vor dem Staat, Freiheit durch einen Staat, der sich nicht aufdrängt, aber demjenigen hilft, der sich selbst nicht mehr helfen kann, Freiheit durch Räume zur freien Entfaltung, Freiheit durch Eigenverantwortung und Eigeninitiative, Freiheit in der Verantwortung für die Gemeinschaft, Freiheit durch solidarische Hilfe für Ungeborene, Kranke und Behinderte, Freiheit von geistiger Bevormundung, Freiheit von körperlich-psychischer Abhängigkeit, Freiheit durch eine gerechte Sozial- und Wirtschaftsordnung, Freiheit von Zukunftsangst.

Freiheit kann es nur durch Gerechtigkeit geben:

Gerechtigkeit durch Rücksicht und Hilfsbereitschaft, Gerechtigkeit durch Partnerschaft, Gerechtigkeit durch Solidarität, Gerechtigkeit durch Teilen, Gerechtigkeit gegenüber alten Menschen, Gerechtigkeit gegenüber sozial Schwachen, Gerechtigkeit für Heranwachsende in unsere Gesellschaft, Gerechtigkeit gegenüber ausländischen Mitbürgern, Gerechtigkeit am Arbeitsplatz, Gerechtigkeit aber auch durch Verzicht auf materielle oder technische Möglichkeiten, die höherwertige Güter gefährden.

Freiheit und Gerechtigkeit sind Voraussetzung für den Frieden:

Frieden mit sich selbst, in der Familie, am Arbeitsplatz, im privaten, religiösen, beruflichen und politischen Leben, Frieden mit der Welt, Frieden durch soziale Gerechtigkeit und soziale Sicherheit, Frieden durch Weltveränderung beginnend bei sich selbst, Frieden durch Kooperation und Gespräch statt Konfrontation und Agitation.

Die Verwirklichung dieser Werte fordert die CDU auf einem schmalen Grat zwischen hohen christlichen Ansprüchen und demokratischer Zustimmung.

Die CDU ist mit ihren Vorstellungen die Partei der Mitte. Hierzu stehen auch die Rheinland-Pfälzer.

Saubere Umwelt hat Vorfahrt

Umweltschutz ist weltweit zu einer zentralen Herausforderung geworden. Vielfach stoßen wir an die Grenzen der Belastbarkeit der Natur. Der Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen des Menschen ist deshalb nicht nur eine existentielle Aufgabe der Gegenwart, sondern zugleich auch Vorsorge für künftige Generationen. Die Schöpfung zu bewahren - dies ist unser politischer Auftrag. Deshalb ist der Umweltschutz bereits seit 1986 in der Landesverfassung verankert.

Die Umweltpolitik der CDU in Rheinland-Pfalz hat sich Umweltverträglichkeit zum Ziel gesetzt. In vielen Bereichen, etwa der Luftreinhaltung, des Gewässerschutzes, der Abfallwirtschaft oder des Biotopschutzes, haben wir bereits in den letzten Jahren sichtbare Erfolge erzielt. Die Minimierung von Umweltbelastung jeder Art bleibt Vorgabe unseres politischen Handelns. Zugleich ist es wichtig, das Umweltbewußtsein der Bürger zu stärken, um der Umweltpolitik einen noch höheren Stellenwert einzuräumen.

Rheinland-Pfalz ist reich an Naturräumen. Die Sauberkeit von Luft und Wasser, der Schutz des Bodens, die Erhaltung der Naturräume und der Artenvielfalt von Fauna und Flora sind unsere Aufgabenfelder. Mit 1 Mrd. DM für die Jahre 1990/91 setzen wir erneut einen bemerkenswerten Schwerpunkt "Umweltschutz". Für uns ist die ökologische Offensive keine bloße Floskel.

Eine zukunftsweisende und umweltgerechte Abfallentsorgung ist oberstes Ziel unseres integrierten Abfallwirtschaftskonzeptes. Abfallvermeidung hat Vorrang vor Abfallverwertung und sonstiger Entsorgung. Eine optimale Abfallverwertung, die Ressourcen schont und die Abfallentsorgung vermindert, kann nur in einem Verbund von stofflicher und thermischer Verwertung gewährleistet werden. Wir bekennen uns zu diesem Verbund.

Die nicht vermeidbaren und nicht verwertbaren Abfälle müssen nach dem Stand der Technik entsorgt werden, um künftige Altlasten und sonstige Umweltbeeinträchtigungen zu vermeiden. Vorhandene Altlasten werden wir mit allen verfügbaren technischen Mitteln sanieren. Die CDU fordert umfassenden Bodenschutz und seine rechtliche Regelung.

Die Grundwasservorräte sind unser wichtigstes Trinkwasserreservoir. Eine geordnete Wasserwirtschaft ist unverzichtbare Voraussetzung für gesunde Lebens- und Wirtschaftsverhältnisse. Das neue Landeswassergesetz schafft die Voraussetzungen für eine umweltgerechte Wasserwirtschaft. Wir schützen die Gewässer vor Schadstoffeinträgen und gewährleisten somit eine vielfältige Nutzung unserer Gewässer. Es bleibt unser Ziel, in den Vorflutern die Gewässergüteklasse II zu erreichen bzw. die bestehenden Gewässergüteklassen I/II zu erhalten. Die CDU fordert den weltweiten Verzicht auf Produktion und Verwendung von FCKW. Der

Schutz der Atmosphäre erfordert weiterhin eine Begrenzung bzw. eine Verminderung der CO₂-Belastung durch Energieerzeugung und -nutzung. Für uns bedeutet dies, Energie sparsam und rationell zu verwenden sowie alle Möglichkeiten zur Energieeinsparung zu nutzen.

Angesichts der zu erwartenden Klimaveränderungen auf der Erde durch CO₂ müssen wir die Verwertung fossiler Energieträger weiter reduzieren. Deshalb können wir derzeit noch nicht auf die Nutzung der Kernenergie verzichten. Wir setzen uns für die weitere Erforschung und Entwicklung alternativer Energien ein, damit diese einen Entwicklungsstand erreichen, der sie wirtschaftlich und somit allgemein nutzbar macht. Ein Forschungszentrum "Solar- und Wasserstofftechnologie" für Rheinland-Pfalz ist unser erklärtes Ziel.

Die CDU wird sich dafür einsetzen, die Umweltverträglichkeit des Verkehrs entscheidend zu verbessern. Die Wettbewerbsfähigkeit vor allem der Schiene und des öffentlichen Personennahverkehrs muß durch Bau- und Ausbaumaßnahmen sowie durch ordnungspolitische Anreize zur Nutzung dieser umweltfreundlichen Verkehrsträger gestärkt werden.

Rationale und effektive Umweltpolitik braucht wirtschaftliches Wachstum. Unsere soziale Marktwirtschaft muß um die gleichrangige ökologische Komponente erweitert werden. Dies heißt konkret, daß bei wirtschaftspolitischen Entscheidungen dem Umweltschutz eine hervorgehobene Bedeutung zukommt. Ge- und Verbote sind hierbei ordnungsrechtliche Instrumente, um unmittelbare Gefahren für die Umwelt, insbesondere für die menschliche Gesundheit, auszuschließen.

Daneben muß aber durch marktwirtschaftliche Regelungen der Verbrauch von Umwelt durch Verschmutzung der Luft, Verbrauch von Landschaft, Belastung der Umwelt durch Abfall oder Wasserverunreinigung mit einem Preis belegt werden. Wer die Umwelt belastet, muß nach dem Verursacherprinzip für die Kosten einstehen. Wer dagegen die Umwelt schont, soll belohnt werden. Wir sind davon überzeugt, daß vorrangig marktwirtschaftliche Instrumente eine möglichst ständig voranschreitende Verminderung bis hin zur endgültigen Beseitigung von Umweltbelastungen schaffen. Umweltschutz muß sich für den Verbraucher wie für den Unternehmer lohnen.

Eine soziale und ökologische Marktwirtschaft ist die Voraussetzung dafür, Umweltprobleme mit technischen Mitteln zu lösen und zu finanzieren. Wir brauchen den Einsatz von Geist und Kapital, damit neue, umweltfreundliche Techniken entwickelt und angewandt werden; dabei muß der Vorrang bei der Vorsorge liegen. Damit bietet die Weiterentwicklung der Umwelttechnologie auch eine große wirtschaftliche Chance für unseren Mittelstand. Die ökologische Dimension der Marktwirtschaft werden wir mit einer "Umweltschutzmesse" in Kooperation mit der Wirtschaft deutlich machen und vorantreiben.

Umwelt ist kein kostenloses Gut. Sie hat ihren Preis - einen hohen Preis. Wir setzen auf umweltverträgliche Technologien, auf ein ökonomisches Handeln mit Augenmaß. Wachstum zu Lasten der Umweltqualität darf es nicht geben. Der Umweltverträglichkeit von Produktionsprozessen und Produkten gehört die Zukunft.

Umweltverträgliches Handeln heißt für uns, vorsorgende Umweltpolitik in einer modernen Industriegesellschaft durchzusetzen. Vom Erfolg eines solchen Umweltschutzes wird die Zukunft der Menschheit abhängen. Umweltschutz ist daher Aufgabe aller.

Sozialer Fortschritt bleibt selbstverständlich

Sozialpolitik ist ein gesellschaftlicher Gestaltungsauftrag. Christlich-demokratische Politik stellt den Menschen in den Mittelpunkt aller Entscheidungen. Das christliche Menschenbild - unser Grundverständnis von Menschenwürde und mitmenschlicher Verantwortung - prägt die Konzeption unserer Sozialpolitik.

Aus dieser Grundüberzeugung heraus ergibt sich die Verpflichtung zu den Grundwerten Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit. Es war die CDU, die 1949 die Weichen für eine gerechte und dynamische Sozialpolitik gestellt hat.

Sozialer Fortschritt darf nicht ausschließlich mit einer steigenden Zahl von sozialen Leistungen und Vergünstigungen gleichgesetzt werden. Wer verspricht, allen Bürgern unbegrenzt vom Segen staatlicher Leistungen zukommen zu lassen, verschweigt, daß er den gleichen Bürgern dafür zunächst mehr Steuern und Beiträge abverlangen muß. Wir wollen keinen totalen Versorgungsstaat, der seine Bürger bevormundet und gängelt.

Sozialpolitik meint vor allem auch die Menschlichkeit des Miteinanderlebens in der Gemeinschaft. Sozialpolitik darf sich nicht materiellen Gruppenegoismen unterwerfen, sondern muß sich der gesamtgesellschaftlichen Verantwortung stellen.

Unsere Gesellschaft wird mehr und mehr kinderentwöhnt. Kinder zu haben wird immer weniger selbstverständlich. Eltern, die mehrere Kinder erziehen, äußern zuweilen die Auffassung, man stünde nun im gesellschaftlichen Abseits, man sei zu Hause isoliert, das "Leben" ginge an einem vorbei.

Christlich verantwortete Sozialpolitik ist daher zunächst eine Politik für die Familie. Wir wollen eine familien- und kinderfreundliche Gesellschaft. Wir wollen, daß Kinder im Mittelpunkt stehen, daß sich für Frauen neue Wege in Familie und Beruf öffnen. Vollmundige Forderungen helfen hier nicht, der sozialpolitische "Unterbau", die Rahmenbedingungen müssen stimmen.

Deshalb wollen wir Erziehungsgeld und Erziehungsurlaub auf drei Jahre ausdehnen. Erziehungsgeld, Erziehungsurlaub, Erhöhung des Kindergeldes und der Steuerfreibeträge, Anrechnung der Erziehungszeiten im Rentenrecht und Baukindergeld sind wichtige Etappenziele. Wahlfreiheit für Frauen bedeutet aber mehr.

Eltern wollen ihre Kinder in guten Händen wissen, wenn sie erwerbstätig sind oder durch familiäre oder soziale Aufgaben besonders beansprucht werden. Seit dem Kindergartengesetz

von 1970 ist in Rheinland-Pfalz mit einem Versorgungsgrad von 95 % an Kindergartenplätzen bundesweit Vorbildliches geleistet worden. Dennoch fehlen besonders in Stadtregionen Kindergartenplätze. Die CDU hat sich das Ziel gesetzt, jedem dreijährigen Kind einen Kindergartenplatz zu sichern. Die Hilfen für die Familien sollen ausgebaut werden.

Das Bild der Familien hat sich in den vergangenen Jahren durch die zunehmende Zahl alleinerziehender Eltern verändert. Ihre Probleme verdienen besondere Aufmerksamkeit. Wir werden daher die Hilfen für Familien ausbauen. Ausreichende Angebote an Kinderkrippen- und Kindergartenplätzen, Kinderhorte, Betreuende Grundschule und Ganztagsbetreuung in den Schulen in zumutbarer Entfernung sind wichtige Stichworte. Betreuende Grundschule, Ganztagsangebote auf freiwilliger Grundlage in den Schulen und Horte für Kinder unterschiedlichen Lebensalters sollten zu einem bedarfsdeckenden Netz im ganzen Land ausgebaut werden. Die Umsetzung muß in enger Zusammenarbeit der jeweiligen Einrichtung mit dem Elternhaus erfolgen. Mit dem Modell "Haus für Kinder" ist bereits eine neue Form der familienergänzenden Erziehung entwickelt worden.

Kindeswohl und Elternwohl dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden. Sie sind endlich in ihrer wechselseitigen Abhängigkeit zu begreifen. Das Wohl der Eltern und der Kinder muß in allen Bereichen der Politik selbstverständlich werden, in der Städtebau-, Wohnungs-, Verkehrs- und Bildungspolitik sowie in öffentlichen Dienstleistungsangeboten. So verstandene familienfreundliche Infrastrukturpolitik wird im Lebensalltag konkret faßbar und spürbar.

Dies verpflichtet gleichzeitig auch Unternehmer, Gewerkschaften und Verbände, auf familienfreundliche Arbeitsbedingungen und ein ausreichendes Angebot an Teilzeitarbeitsplätzen hinzuwirken.

Frauenförderung liegt selbstverständlich auch im Interesse von Wirtschaft und Verwaltung. Mit den "Leitlinien für die berufliche Förderung von Frauen im Landesdienst" hat die Rheinland-Pfalz CDU schon 1983 Vorbildliches geschaffen. Die CDU wird sich für die konsequente Anwendung des Frauenförderprogrammes in jeder Dienststelle einsetzen. Um mehr Frauen in Führungspositionen zu bringen, werden Nachwuchsförderung sowie Fort- und Weiterbildung verstärkt. Für den beruflichen Aufstieg darf Teilzeitbeschäftigung kein Hindernis sein.

Flexibilisierung der Arbeitszeiten und die Möglichkeit der Teilzeitarbeit bedeuten familienfreundlichere Gestaltung der Arbeitswelt für Frauen und Männer.

Wahlfreiheit zwischen Familie und Beruf erfordert insbesondere, die Wiedereinstiegsschwelle in den Beruf niedrig zu halten. Daher ist Frauen - und Männern - die Rückkehr in den Beruf zu erleichtern.

Die CDU wird das Image der familiären Hausarbeit weiter aufwerten. Die Leistung der Frau in Familie und Kindererziehung hat gegenüber der Erwerbstätigkeit für die CDU einen gleichwertigen und gleichberechtigten Stellenwert. Noch immer findet Hausarbeit - auch heute noch überwiegend von Frauen übernommen - als unsichtbare und unbezahlte Arbeit nur wenig gesellschaftliche Anerkennung. Sie gilt als alltägliche und selbstverständliche Leistung, die erst dann auffällt, wenn sie ausfällt. Als Arbeit zählt in unserer Gesellschaft vielfach nur die Erwerbstätigkeit. Haushaltsarbeit wird dagegen häufig als Privatsache eingestuft. Unsere besondere Beachtung verdienen daher Frauen, die sich überwiegend der Erziehung

von Kindern widmen oder ältere Angehörige betreuen. Familienbezogene Netzwerke, neue Formen des Umgangs miteinander und der nachbarschaftlichen Hilfe sollen sich entwickeln können. Soziale Kompetenzen und Fähigkeiten der Frauen sollen in gemeinsames Handeln eingebracht werden und Anerkennung erfahren. Besonders im ländlichen Raum muß noch viel für die Verbesserung der Lebens- und Arbeitssituation von Frauen getan werden. Hierfür bedarf es einer Infrastruktur, die der Lebenssituation von Frauen gerecht wird.

Unser Ziel ist es, jeder Frau die persönliche Entscheidung über ihre Lebensplanung zwischen Familie, Beruf und gesellschaftlichem Engagement zu ermöglichen.

Die CDU tritt für eine Eingliederung der Frauenpolitik in ein gesamtgesellschaftliches Konzept ein. Frauen und Männern muß die Vereinbarung verschiedener Lebensbereiche sowie die Überwindung starrer Rollenverteilungen möglich sein. Nur so kann der Grundstein für eine echte Gleichberechtigung gelegt werden.

Die Leitsätze des Essener CDU-Bundesparteitages zur neuen Partnerschaft zwischen Mann und Frau und der Beschluß "Das neue Bild der Frau" des Lahnsteiner CDU-Landesparteitages verankern dies.

Um all diesen politischen Zielen näherzukommen, wollen wir die Arbeit der Leitstelle für Frauenfragen sowie die Stellung der Frauenbeauftragten der Landesregierung weiter stärken.

Ältere Menschen gehören zu uns. Ihre materielle Absicherung ist auch weiterhin durch sichere Renten garantiert. Die Rente bleibt Alterslohn für Lebensleistung. Mit uns gibt es keine Einheitsrente. Auch in Zukunft werden die verfügbaren Einkommen der Rentner und Beschäftigten jeweils in gleichem Maße steigen. Dafür hat die CDU mit der Einführung der dynamischen Rente gesorgt. Die Weichen wurden mit der Rentenreform gestellt, die 1992 in Kraft treten wird. Rentner können vertrauensvoll in die Zukunft blicken.

Alte, kranke und behinderte Menschen müssen die jeweils notwendige Pflege und Betreuung erhalten. Sie finden in unserem Land ein bedarfsgerechtes Netz von Betreuungs- und Versorgungseinrichtungen. Es ist unser Ziel, diesen Menschen solange wie möglich ein Leben in ihrer häuslichen Umgebung zu ermöglichen. Die Sozialstationen und mobilen Hilfsdienste, die in unserem Lande bereits sehr gut ausgebaut sind, leisten wertvolle und unverzichtbare Arbeit. Viele Pflegebedürftige werden aber zu Hause von ihren Angehörigen gepflegt. Es sind die Töchter und Schwiegertöchter, die den oft jahrelangen und entbehrungsreichen Dienst übernehmen.

Die CDU will den Bürgern die Entscheidung erleichtern, eine pflegende oder betreuende Tätigkeit zu übernehmen. Deshalb wurde mit der Rentenreform die Berücksichtigung von Pflegezeiten in der gesetzlichen Rentenversicherung eingeführt.

Mit der Gesundheitsreform erfahren die pflegenden Familienangehörigen erstmals eine wirksame Entlastung bei der häuslichen Pflege. Sie erhalten für 4 Wochen im Jahr eine Pflegeperson von der Krankenkasse bezahlt, damit sie selbst einmal Urlaub machen und sich wieder erholen können. Ab dem 1.1.1991 übernimmt die Krankenkasse die Aufwendungen der häuslichen Pflege entweder als Sach- oder Geldleistung. Die CDU wird die Entwicklung neuer

Wohn- und Betreuungsformen, insbesondere für den ländlichen Raum, und die soziale Absicherung des Pflegefallrisikos vorantreiben.

Die Diskussion um ältere, kranke und behinderte Menschen darf aber nicht allein unter dem Blickwinkel der Versorgung und Betreuung geführt werden. Unverzichtbar ist ihre gleichberechtigte und gleichwertige Teilnahme am Leben der Gemeinschaft im sozialen, kulturellen und politischen Bereich.

Vielfach stehen noch Vorurteile und Hemmungen, z.B. im Umgang mit behinderten Mitbürgern, einem partnerschaftlichen Miteinander im Wege. Wir können viel von unseren älteren und behinderten Mitmenschen lernen. Wir müssen sie zu Wort kommen lassen und ihnen eine Mitarbeit in der Gemeinschaft ermöglichen. Auch sie übernehmen Verantwortung und leisten ihren Beitrag zum Wohl der Gesellschaft. Sie sind wichtige Partner bei der Gestaltung einer humanen Gesellschaft.

Wir wollen sozialen Fortschritt, wir sind für den Ausbau bewährter Einrichtungen und Leistungen auf sozialem Gebiet. Doch sozialer Fortschritt kann nicht allein Aufgabe des Staates sein. Es gibt keinen sozialen Fortschritt ohne soziales Engagement. Wir alle sind aufgerufen, uns vor Ort sozial zu engagieren. Bereits heute stellen viele Bürgerinnen und Bürger in Städten und Gemeinden ihre freie Zeit in diesen Dienst. Ihre Leistungen im pflegerischen, kulturellen, religiösen und musischen Bereich sind wertvoll und unverzichtbar.

Sie prägen unsere Gesellschaftsordnung und verleihen ihr erst wirklich menschliche Züge. Wir wollen das soziale Engagement der Bürger, auch und gerade der Älteren unter ihnen, weiter fördern und unterstützen. Arbeit zum Wohle des Nächsten und der Gemeinschaft muß größere staatliche Anerkennung erfahren.

Der ländliche Raum hat Zukunft

In den ländlichen Räumen beobachten wir heute einen tiefgreifenden ökonomischen und sozialen Strukturwandel. In Verbindung mit einer fortschreitenden Technisierung beeinflusst er zunehmend die Standortqualität von Gemeinden, Städten und Landkreisen.

Bevölkerungsrückgang, Überalterung, Arbeitslosigkeit, die über dem Landesdurchschnitt liegt, Gefährdung von Arbeitsplätzen und von Grundversorgungseinrichtungen, unterdurchschnittliche Einkommensverhältnisse, ansteigende Aufwendungen für die Modernisierung und Ergänzung der Infrastruktur bei steigenden Kosten pro Leistungseinheit sowie der beabsichtigte Abbau militärischer Standorte kennzeichnen die Situationen in verschiedenen ländlichen Teilräumen unseres Landes.

Unsere Agrarpolitik, die Förderung des bäuerlichen Familienbetriebs hat vielen helfen können, allen aber nicht. Manche mußten sich dem Strukturwandel beugen.

Diese Herausforderungen werden durch den europäischen Binnenmarkt eher noch deutlicher. Die Vollendung des Binnenmarktes ist mit der Erwartung auf mehr Wachstum und mehr Beschäftigung verbunden. Die CDU will, daß der erwartete Wachstums- und Beschäftigungsschub den ländlichen Räumen in gleichem Maße zugute kommt wie den Verdichtungsräumen.

Sie hat sich deshalb immer dafür eingesetzt, daß in Stadt und Land in der Qualität vergleichbare, in der Substanz und Gestalt aber unterscheidbare Lebensverhältnisse angestrebt werden. Die Attraktivität der ländlichen Räume soll für die dort wohnende und arbeitende Bevölkerung gestärkt, zugleich aber auch die Leistungskraft der Städte dort erhalten und verbessert werden.

Im europäischen Binnenmarkt wird der Standortwettbewerb härter werden. Dies gilt vor allem für Industrie und Technologie. Standortfaktoren werden neu bewertet. Auch in den ländlichen Räumen könnte dies zu Arbeitsplatzverlusten und zu einer Verschlechterung der Infrastrukturleistungen führen und die wirtschaftlichen Probleme noch verschärfen, die mit der Umstrukturierung der Agrarwirtschaft verbundenen sind.

Eine erfolgreiche Politik für die ländlichen Räume muß deshalb nach Auffassung der CDU vorhandene Strukturen verändern und Lösungen anbieten, die den Strukturwandel aktiv ermöglichen. Dabei müssen wir neue Wege beschreiten, die den tatsächlichen Problemen gerecht werden. Die Verstärkung oder Sicherung vorhandener Problemlösungsmechanismen, wie eingefahrene Zuständigkeiten, Förderinstrumente und Denkweisen genügen nicht mehr. Die ländlichen Räume in Rheinland-Pfalz haben Zukunft, wenn ihre Entwicklungsreserven

genutzt werden. Eine erfolgreiche Politik muß somit zielgerichtet auf den jeweiligen Raum bezogen sein und damit den unterschiedlichen Chancen und Problemen gerecht werden. Die CDU wird besondere Anstrengungen unternehmen, Wirtschaftskraft und Strukturen insbesondere im Westen unseres Landes nachhaltig zu verbessern.

Auf der Grundlage der jeweils in den einzelnen Räumen vorhandenen "Begabungen" und Möglichkeiten müssen angepaßte, eigenständige Strategien für den jeweiligen Raum entworfen werden. Dabei müssen die betroffenen Menschen eingebunden sein. Dieser neue Ansatz setzt eine veränderte Kombination von Förderinstrumenten und Maßnahmen voraus und kann nicht mit Patentrezepten enden, die überall in den verschiedenen ländlichen Räumen in gleicher Weise eingesetzt werden.

Im Rahmen dieser Politik ist es notwendig, den räumlichen Kenntnisstand zu verbessern, insbesondere durch kleinräumige Analysen der vorhandenen Stärken und Schwächen der Gemeinden und Räume, die Stärken zu nutzen und mögliche Defizite in kommunalen und regionalen Entwicklungskonzeptionen abzubauen, örtliche Entwicklungsreserven, wo immer sie vorzufinden sind, zu nutzen, Maßnahmen zu Motivation, zu bestmöglichen Informationen und zur Fort- und Weiterbildung der Akteure vor Ort zu ergreifen, qualifizierte Innovationsberatung anzubieten, wobei insbesondere die Beratung "angebotsorientiert" und "initiativ" erfolgen sollte und eine wirksame finanzielle Förderung zu gewähren, die jedoch wesentlich vereinfacht und zielgerichteter ausgeformt werden muß.

Eine Strukturpolitik für die ländlichen Räume in diesem Sinne erfordert eine Doppelstrategie: Einmal die Entwicklung von "oben", die Globalsteuerung, die den Rahmen setzt und Eckdaten für die grundlegende Gesamtentwicklung schafft. Sie muß allerdings die regionalen Besonderheiten berücksichtigen. Zum anderen die Entwicklung von "unten", die auf unverzichtbaren lokalen Initiativen und Projekten aufbaut. Sie stabilisiert die vorhandenen Strukturen durch kleinteilige Ausformungen bei der Entwicklung.

Nur im engen Zusammenspiel zwischen örtlicher Ebene und Landesebene kann ein entsprechendes Klima für eine erfolgreiche Zukunftsentwicklung des Landes und der Gemeinden entstehen.

Für die Lösung der Probleme des ländlichen Raumes hat die CDU ein Programm "Das Leben auf dem Lande hat Zukunft" entwickelt. In diesem Programm bietet die CDU Lösungsansätze an für Strukturpolitik von "unten", Standortvorsorge, lokale Beschäftigung, Land-, Forstwirtschaft, Weinbau, Fremdenverkehr, wohnortnahe Versorgung, Umwelt, Erreichbarkeit, Medien, Bildung, Forschung und Technologie, Ortserneuerung und Kultur.

Ohne Bürger ist kein Staat zu machen

Die Parteien haben eine Mittlerfunktion zwischen Bürger und Parlament. In den letzten Jahren hat das Ansehen der Parteien, der Abgeordneten und der Parteimitgliedschaft in der Öffentlichkeit jedoch spürbar abgenommen. Bürgerinitiativen und gerichtliche Verfahren gegen öffentliche Vorhaben sind deutliche Anzeichen, daß das Vertrauen des Bürgers in die Volksvertretung und die Volksvertreter gesunken ist.

Die rheinland-pfälzische CDU hat deshalb eine Partei- und Parlamentsreform gestartet, die sie zur modernsten Landespartei in Deutschland gemacht hat. Kernstück dieser Reform ist die zeitliche und zahlenmäßige Begrenzung der Ämter in Partei und Staat, die Trennung von Amt und Mandat und die Straffung der Arbeit des Landtages.

Heute wird allgemein die Professionalisierung der Parlamentarier - Berufspolitiker - beklagt. Die CDU wird ihren Beitrag leisten, daß Parlamentsarbeit künftig wieder auf einer breiteren Vertretung aller Bevölkerungsschichten basiert. Die Rheinland-Pfalz CDU hat dazu eine Kommission "Parlamentsreform" unter der Leitung des Bundestagspräsidenten a.D. Kai-Uwe von Hassel eingesetzt.

Die Kommission soll u.a. Lösungsvorschläge erarbeiten, wie die Arbeit des Landtags gestärkt und konzentriert werden kann. Weiter soll geprüft werden, ob es den Abgeordneten durch die Änderung von Gesetzen, Geschäftsordnungen, der Organisation, von sachlicher und personeller Ausstattung erleichtert werden kann, neben dem Abgeordnetenmandat ihren Beruf weiter auszuüben. In der nächsten Legislaturperiode sollen entsprechende Initiativen in Parlament und Partei ergriffen werden.

Hautnah erleben unsere Bürger den "Staat" tagtäglich in Form der öffentlichen Verwaltung. Sie erfaßt heute nahezu alle Lebensbereiche und begleitet uns buchstäblich von der Wiege bis zur Bahre. Seit Jahren wird eine zunehmende Bürokratisierung beklagt und von der Dringlichkeit gesprochen, Verwaltung abzubauen.

Es wird Klage geführt, daß Entscheidungen häufig zu lange auf sich warten lassen. Zuständigkeiten seien zu sehr aufgesplittet oder zum Teil zu weit "oben" angesiedelt und somit für den Bürger nicht mehr nachvollziehbar. Insgesamt erscheinen viele Zuständigkeiten auch nicht mehr überschaubar, weil häufig zu viele Behörden und Instanzen an einer einzigen Entscheidung beteiligt sind.

Die Ansprüche an die öffentliche Verwaltung haben indessen zugenommen. Hinzu kommt ein Wertewandel in unserer Gesellschaft, der gekennzeichnet ist durch den Wunsch nach mehr

Selbstbestimmung, Solidarität und Humanität, Gleichberechtigung von Mann und Frau, Partizipation, Dezentralisierung und Ressourcenschonung, verbunden mit einer zunehmenden Kritik an Politik und Verwaltung bis hin zu Demokratie- und Staatsverdrossenheit. Es ist daher das besondere Anliegen der CDU, die Verwaltungsstrukturen an die aktuellen Herausforderungen anzupassen.

Die Rheinland-Pfalz CDU hat mit ihrem Bericht der sog. Zwanziger-Kommission: "Verwaltung in Rheinland-Pfalz in den 90er Jahren" ein zukunftsweisendes Konzept entwickelt, die Verwaltung leistungsfähiger, schneller, effizienter und bürgernäher zu gestalten.

Dieses Konzept steht auf drei Säulen:

Zunächst braucht eine effiziente und leistungsfähige, bürgernahe Verwaltung motivierte Mitarbeiter. Mit ihren Entscheidungen und ihrem Verhalten prägen sie wesentlich das Bild der Bürger vom Staat. Dem Bürger müssen Verwaltungsbedienstete gegenüberstehen, die durch Leistung und Aufgeschlossenheit überzeugen. Nur so kann wirkliche Akzeptanz und Bürgernähe entstehen. Die Bürger müssen spüren, daß man sich für sie einsetzt. Denn die Verwaltung ist ein Dienstleistungsunternehmen.

Hier sehen wir ein großes Aufgabenfeld, auf dem ohne jede Gesetzesänderung und ohne jede Veränderung der Verwaltungsstruktur allein durch Bewußtseinsveränderung bei den öffentlich Bediensteten viel erreicht werden kann.

Leistung muß gerade in der öffentlichen Verwaltung besser honoriert werden. Beförderungs- und Zulagensysteme sind so auszugestalten, daß sich Leistung wirklich lohnt. Wer den Verwaltungssozialismus, die Gleichmacherei fördert, schadet der Leistungsfähigkeit des öffentlichen Dienstes und damit unserem Gemeinwesen.

Mit einer Aus- und Fortbildungsoffensive werden wir den öffentlichen Dienst auf dem Arbeitsmarkt der Zukunft einen wichtigen Platz sichern. Aus- und Fortbildung sind damit wichtige Instrumente für die Umsetzung reformerischer Maßnahmen und damit für die zukunftsorientierte Modernisierung der Verwaltung.

Als besonderes Qualifizierungsinstrument für die Besetzung von Spitzenpositionen hat Rheinland-Pfalz als erstes Bundesland ein Führungskolleg errichtet. Das Programm ist in enger Zusammenarbeit mit der Hochschule für Verwaltungswissenschaften in Speyer erarbeitet worden.

Wirksame Fortbildung ist aber nur in enger Verzahnung mit der Personalplanung möglich. Die enge Verknüpfung von Personalentwicklungsplanung, Personalverwendung und Fortbildung ist maßgebliche Grundlage dafür, daß die Verwaltung ihre Zukunftsaufgaben im Interesse aller Bürger zufriedenstellend lösen kann. Ziel der Fortbildung muß es auch sein, die Motivation und Lernbereitschaft der Mitarbeiter durch Stärkung ihrer Einsicht in neue berufliche Qualifikationserfordernisse zu fördern und damit die Leistungsfähigkeit der Verwaltung zu verbessern.

Schließlich ist die Organisation der öffentlichen Verwaltung zu verbessern. Zuständigkeiten müssen nach "unten" verlagert und Dienstwege verkürzt werden. Insbesondere im Förderbereich für Stadthallen, Bürgerhäuser, Schwimmbäder, Feuerwehrhäuser und Sportanlagen müssen

die Verfahren vereinfacht, die langen Laufzeiten der Förderanträge verkürzt werden. Dies gilt auch im privaten Bereich.

Wir werden den Anspruch des Bürgers auf durchschaubares, effektives und zugleich sparsames Verwaltungshandeln erfüllen. Insbesondere im ländlichen Raum müssen die Bürger durch angemessene Behördenstandorte in das Angebot der öffentlichen Aufgabenwahrnehmung eingebunden sein. Es gilt, wo immer es möglich ist, vom Staat wahrgenommene Aufgaben, die keinen hoheitlichen Charakter haben, zu privatisieren.

Verwaltungsentscheidungen sollen näher an den Bürger herangebracht werden, denn Politik ist immer nur so gut wie die Verwaltung, die sie vollzieht.

Rheinland-Pfalz in Deutschland und Europa

Das freie Europa endet nicht mehr an der Elbe. Es war die CDU, die über vier Jahrzehnte deutscher Teilung gegen härtesten politischen Widerstand an der Zusammengehörigkeit aller Deutschen festgehalten hat. Der lange Atem der Union hat sich als richtig erwiesen. Deutschland ist wieder eins. Der Prozeß des Zusammenwachsens ist bei der CDU in guten Händen. Dies hat das vergangene Jahr deutlich gezeigt.

Nach der Vereinigung beider deutscher Staaten muß der wirtschaftliche Aufbau nun rasch verwirklicht werden. Die CDU-geführte Landesregierung fördert den Aufbau in Thüringen durch unmittelbare Investitionen, um neue Arbeitsplätze zu schaffen und die Lebensverhältnisse der Menschen zu verbessern.

Eine enge Zusammenarbeit mit unserem Mittelstand ist die beste Garantie, daß sich Wirtschaft bei verteilter Macht und in hoher Selbstverwaltung entfalten kann. Dies garantiert gleichwertige Lebensverhältnisse und damit auch soziale Gerechtigkeit. Die soziale Angleichung ist somit nicht in erster Linie Sache der Sozialämter, sondern ursächlich mit dem wirtschaftlichen Aufbau und der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der Betriebe verbunden.

Die CDU tritt für eine umfangreiche Hilfe für unser Partnerland Thüringen ein. Im Rahmen dieser Partnerschaft unterstützen wir Thüringen beim Aufbau und bei der Modernisierung kleiner und mittlerer Handwerks- und Industriebetriebe, moderner kommunaler Infrastruktur sowie in den Bereichen Medizin, Rettungsdienst, soziale Einrichtungen, bei der Erneuerung eines leistungsfähigen, an demokratischen Grundwerten orientierten Bildungssystems sowie bei der Lösung der Umweltprobleme.

Wir wollen unserem Partnerland Thüringen beim Aufbau einer Fremdenverkehrsinfrastruktur helfen. Diese Hilfe soll auf der Ebene enger persönlicher und gemeindlicher Kontakte erfolgen. Deshalb fördert die CDU das Zusammenwachsen des Deutschen Volkes über zahlreiche Partnerschaften, Patenschaften, Vereinskontakte, Schüler- und Lehreraustausch und wirtschaftliche Beziehungen.

Daneben setzt die CDU auf ein breites Spektrum von Seminarveranstaltungen, um kommunale Bedienstete und Mandatsträger beim Aufbau einer kommunalen Selbstverwaltung und einer föderalen Struktur zu unterstützen, wie auch beim Auf- und Ausbau der technischen Infrastruktur, besonders durch Dorf- und Stadterneuerungs-Modellmaßnahmen.

Nur durch Eigenverantwortlichkeit in den Gemeinden und Städten der neuen Bundesländer kann Demokratie von unten nach oben wachsen. Durch einen aktiven Mittelstand können

Arbeitsplätze eigenverantwortlich in ausreichender Zahl bereitgestellt werden. Das beschlossene Hilfsprogramm wird mit uns zügig umgesetzt.

Unsere wichtigste außenpolitische Aufgabe bleibt Europa. Die deutsche Einigung ist und bleibt eingebettet in diesen gesamteuropäischen Prozeß. Es gibt für uns keinen Gegensatz zwischen deutschen und europäischen Interessen.

Die CDU fährt heute die Ernte dessen ein, was von weitsichtigen Politikern vor vielen Jahren gesät worden ist. Die Idee der europäischen Einigung war von Beginn an eine Idee der aufgeklärten Konservativen in Europa. Schuman, De Gasperi und Adenauer haben das Fundament gelegt, auf dem jetzt das Europäische Haus nach und nach errichtet wird. Es war die CDU unter Helmut Kohl, die die europäische Einigung nach Jahren der Stagnation entschlossen vorangebracht hat.

Und es ist die Soziale Marktwirtschaft Konrad Adenauers und Ludwig Erhards, die heute weit nach Osten strahlt und die Europäische Gemeinschaft für diese Länder so attraktiv macht.

Mit der CDU gibt es kein deutsches Europa, sondern ein europäisches Deutschland. Die Einbindung Deutschlands sowohl in die wirtschaftliche Gemeinschaft Europas wie die Sicherheitsgemeinschaft des Westens sind zentrale Garantie des Vertrauens.

Dies bedeutet für uns Deutsche, alles daranzusetzen, damit die nächsten Etappen Binnenmarkt, europäische Wirtschafts- und Währungsunion zügig, zuverlässig vorangetrieben werden.

Die künftige Infrastruktur des ganzen Europa muß vorbedacht werden. Das erfordert neue und erweiterte Ansätze zur wirtschaftlichen Kooperation, zur Kooperation im Fernmelde- und Fernsehbereich, beim Umweltschutz sowie im Rechts- und Patentwesen, bei technischen Normen und Standards sowie im Bereich der Sicherheitspolitik.

Für uns ist der Mittelstand die zentrale Stütze der Wirtschaft. Deshalb stehen wir für eine Mittelstandspolitik, die europaweit gleiche Wettbewerbschancen schafft, Absatzmärkte öffnet, Handelshemmnisse abbaut, ein einheitliches, unserem hohen Standard angepaßtes Arbeitsschutzrecht schafft, Steuern international anpaßt und Umweltschutz marktwirtschaftlich vorantreibt. Mit der Öffnung der Grenzen zwischen Deutschland, Frankreich und den Benelux-Staaten zum 1.1.1992 hat die CDU-geführte Bundesregierung den freien Finanz-, Waren- und Dienstleistungsverkehr ermöglicht. Dies ist ein wichtiger Probelauf für den Binnenmarkt.

Dennoch wollen wir als europäische Zentralregion eigenständig bleiben. Wir wollen, daß die Überschaubarkeit und Identität des Landes Rheinland-Pfalz erhalten bleibt.

Es ist ganz klar, daß die Grenzöffnung keinesfalls die Sicherheit gefährden darf. Offene Schlagbäume für Straftäter wird es mit der CDU nicht geben. Wir treten entschieden für ein dichtes europäisches Sicherheitsnetzwerk ein; dies besonders im Hinblick auf die organisierte Kriminalität.

Durch die millionenfache Begegnung der Menschen aus Ost und West ist eine friedliche Zukunft in Europa greifbar geworden. Wir stehen an der Schwelle einer gesamteuropäischen

Friedens- und Sicherheitsordnung, die alle europäischen Staaten unter einem Dach vereinigt. Das Konzept hoher Verteidigungsbereitschaft und der gleichzeitige Wille zum Dialog war eine wesentliche Voraussetzung für den Wandel. Neutralistische Bestrebungen und deutsche Sonderwege lehnt die CDU ab.

Die Verteidigungsbereitschaft der Bundesrepublik Deutschland steht für die CDU außer Frage und damit auch die Mitgliedschaft in der NATO. Die feste Einbindung in das Nordatlantische Bündnis, der Platz in der Gemeinschaft freier Völker reicht heute weit über den Sicherheitsbereich hinaus. Die nordatlantischen Staaten sind zu einer Wertegemeinschaft zusammengewachsen für Freiheit, für Demokratie, für Menschenrechte auf der Grundlage gleicher ethischer und politischer Vorstellungen. Dies ist der innere Zusammenhalt der NATO. Darum bleibt diese Gemeinschaft für die CDU fester Bestandteil einer berechenbaren Zukunft.

Dazu gehört selbstverständlich auch die Anerkennung der sowjetischen Sicherheitsinteressen. Die CDU unterstützt alle vertrauensbildenden Maßnahmen zwischen den ehemaligen Blöcken. Es ist von größtem deutschland- und wirtschaftspolitischen Interesse, daß die Umgestaltung der Sowjetunion fortgeführt wird.

Das Zeitalter des Dialogs zwischen Ost und West führt gerade bei uns in Rheinland-Pfalz zu großen Veränderungen in den verschiedensten Bereichen. Viele Jahre hat unsere Bevölkerung die mit der Stationierung von militärischen Streitkräften verbundenen hohen Belastungen getragen. Für den nunmehr geplanten verantwortbaren Abbau militärischer Potentiale in unserem Bundesland hat die CDU lange gekämpft. Die dadurch möglich gewordene Verbesserung des Wohnumfeldes der betroffenen Gemeinden und die damit steigende Lebensqualität vieler Bürger bilden einen Schwerpunkt unserer Politik.

Wir begreifen die Reduzierung militärisch genutzter Flächen als wirtschafts- und strukturpolitische Chance für unser Land. Hierfür steht unser 18-Punkte-Programm zur weiteren zivilen Nutzung ehemaliger militärischer Flächen.

Der gemeinsame Binnenmarkt, der gemeinsame Sozialraum, der gemeinsame Währungsraum, der gemeinsame Technologieraum, das gemeinsame europäische Dach - dies alles sind Perspektiven, die große kreative Energien freisetzen. Die Kraft, die hier frei wird, erschöpft sich aber nicht im ökonomischen Bereich. In Wahrheit ist der ökonomische Erfolg ein Ergebnis freier Entfaltung der Persönlichkeit. Sie ist kennzeichnend für die Werteordnung unserer Gemeinschaft. Daher geht es der CDU um weit mehr als um einen wirtschaftlichen Zusammenschluß. Das politische Europa bleibt unser Ziel; ein offenes, friedliches Europa, das seine nationalistischen Irrwege und Bürgerkriege hinter sich gelassen hat und seine Talente und Fähigkeiten für die große Zukunftsaufgabe einer zusammenwachsenden Menschheit einzusetzen weiß.

Es gilt, die Europäische Gemeinschaft zu einer politischen Union weiterzuentwickeln, die als Modell für das größere Europa dienen und die den gewaltigen globalen Herausforderungen gewachsen sein kann, vor denen wir als Europäer stehen: Mitverantwortung für die Lösung der Überbevölkerung, von Not, von Flüchtlingselend und Ungerechtigkeit in der Welt, für den Schutz der Natur vor weiterer Zerstörung, um nur einige Aufgaben zu nennen.

Es gilt, innerhalb der europäischen Gemeinschaft eine mit politischen Kompetenzen ausgestattete

Organisation zu schaffen, die Entscheidungen trifft durch Organe, die von den Bürgern bestellt und legitimiert sind. Wir wollen ein föderalistisches Europa, das heißt, ein Europa der Regionen, in denen die Heimat und gewachsene Landschaften erhalten bleiben, in denen bürgerliches Engagement und Verbundenheit mit der Gemeinde, dem Kreis, dem Land oder der Region Halt und Perspektive geben. Wir wollen ein Europa des Machtausgleichs zwischen "oben" und "unten".

Regionalisierung bedeutet für die CDU daher besonders auch die Stärkung der Länder. Besonders muß hier der Bereich Gesetzgebungszuständigkeit ausgebaut werden. Den Ländern muß ein Klagerecht vor dem europäischen Gerichtshof eingeräumt werden, wenn durch das Handeln des Rates und der Kommission die eigenen Rechte berührt sind. Artikel 24 Grundgesetz muß mit dem Ziel geändert werden, daß ein Gesetz, mit dem Hoheitsrechte auf zwischenstaatliche Einrichtungen übertragen werden, der Zustimmung des Bundesrates bedarf. Der Grundsatz der Subsidiarität muß auch in der europäischen Gemeinschaft gelten: Nur soviel Zuständigkeit in Brüssel wie unbedingt notwendig, jedoch soviel Zuständigkeit bei den Ländern, den Kreisen und Gemeinden wie möglich. Mit der Regionalisierung soll eine Stärkung der Länder und der kommunalen Selbstverwaltung einhergehen.

Die EG muß grundsätzlich auch nach Osten offen sein; offen für alle europäischen Länder, die sich zu Demokratie und Sozialer Marktwirtschaft bekennen. Die CDU tritt dafür ein, Osteuropa auf dem Weg zu Demokratie und wirtschaftlichem Aufschwung zu unterstützen, um damit die Voraussetzung für ihre Aufnahme in die Gemeinschaft freier Völker zu schaffen. Radikale Wirtschaftsreformen in Richtung Soziale Marktwirtschaft sind jedoch unabdingbare Voraussetzung für eine engere Zusammenarbeit und den Aufschwung der östlichen Volkswirtschaften. Einige Joint-Ventures-Oasen in der Planwirtschafts-Wüste bewirken nichts.

Europa ist auch in Zukunft Partner aller friedlichen Völker. Das Europäische Haus gewinnt dadurch an Kraft, an Statur und an Leistungsfähigkeit - auch in Rheinland-Pfalz durch die CDU.

Grundfragen der Politik.
Aussagen der Rheinland-Pfalz CDU
zur Landtagswahl 1991
Verantwortlich:
Rheinland-Pfalz CDU
Michael Becker, Wahlkampfbüro
Rheinallee 1 a-d, 6500 Mainz

Der Inhalt dieses Heftes wurde auf
chlorfrei gebleichtem Papier gefertigt.